

Tägliche Omaha Tribune
TRIBUNE PUBLISHING CO., VAL. J. PETER, President
1811 Howard Str. Telephone: TYLER 340 Omaha, Nebraska
Des Moines, Ia., Branch Office: 407 — 6. Ave.
Eastern and Western Representative HOWARD C. STONEY
1108 Fifth Ave. Bldg., New York
924 Arch Str., Philadelphia
664 Peoples Gas Bldg., Chicago.

Preis des Tagesblatts: Durch den Träger, per Woche 10c; durch die Post per Jahr \$4.00. — Preis des Wochenblatts: Bei freier Vorauszahlung, per Jahr \$1.50.

Omaha, Neb., 3. März 1916.

Die Krisis!

Hals, der deutsche „Erdbedenpropheet“, hatte seine Wetterprophezeiungen in „kritische Lage erster, zweiter, dritter etc. Ordnung“ eingeteilt. Die kritischen Lage erster Ordnung waren solche, wo ein böses Erdbeben bevorstand, das aber dann meistens nicht eintraf.

In unserer amerikanischen — Vergebung! in des Präsidenten höchst-eigenen — auswärtigen Politik hatten wir diesmal einen „kritischen Tag erster Ordnung“, der aber glücklicherweise mit den „Goldenen Tagen“ die gleiche Eigenschaft hatte, daß die Krisis vorüber ging, ohne daß der Staat erfolgte.

Aber eine Krisis war es. Und diese Krisis wurde geschaffen durch die verkehrte Politik des Mannes, den Gott in seinem Zorne über das manumondiemerische amerikanische Volk zu seinem Präsidenten gemacht hat. Eine Politik, die klar und unmissverständlich ein Bündnis mit England bedeutet. Präsident Wilson soll zu seinen vertrauten Freunden und Ratsräten gesagt haben, er sehe keinen anderen Ausweg für die amerikanische auswärtige Politik, als daß die Ver. Staaten sich sofort den Alliierten im Kriege gegen Deutschland anschließen, um die „deutsche Gefahr“ für immer zu beseitigen.

Aber verloben ist nicht aufgehoben. Wer den Präsidenten nur einigermaßen nach seinen Taten zu beurteilen gelernt hat, wird übergeugt sein, daß er dennoch auf andere Weise sein Ziel, Deutschland als Bundesgenosse Englands vernichten zu helfen, zu erreichen versucht. Die Krisis ist verloben. Aber sie besteht noch fort. Sie wird so lange bestehen bleiben, bis der Kongreß, die Vertretung des amerikanischen Volkes, sein Mandat gesprochen und dem eigenwilligen Präsidenten die Hände gebunden hat.

Hätten wir die richtigen Männer, so würde heute unbedingt ein „Impeachment-Verfahren“ vom Kongreß gegen den Präsidenten eingeleitet werden müssen. Wie damals gegen den Präsidenten Johnson.

Es ist notwendig, daß das amerikanische Volk sich zuweilen seiner eigenen Geschichte erinnert, um die Lehren daraus zu ziehen. Präsident Andrew Johnson war der Nachfolger des ermordeten Abraham Lincoln, des unvergänglichen Märtyrer-Präsidenten. Er war ein Südstaatter (wie Wilson), in Nord-Carolina geboren, lebte er anfangs als Schneider in Greenville, Kenesee, von wo er sich, durch den Ehrgeiz seiner Frau getrieben, bis zum Militär-Gouverneur dieses Staates aufschwang. 1864 wurde er Vizepräsident der Ver. Staaten und durch die Morbidität des „Angelächelns“ Booth Präsident der Union. Seine Rekonstruktionspolitik brachte ihn bald in grimmigen Konflikt mit dem Kongreß. Johnson forderte nämlich, daß den ehemaligen Rebellenstaaten sofort erlaubt werden solle, wieder Repräsentanten in den Kongreß zu senden. Die Kongreßmehrheit lehnte ab, weil erst die Verhältnisse im Süden mehr geklärt werden mußten, besonders bezüglich der Negersfrage. Karl Schurz war damals nach dem Süden geschickt worden, um dem Kongreß über die Lage Bericht zu erstatten, und auf seinen Bericht hin erklärte der Kongreß die Rekonstruktionspolitik Johnsons für null und nichtig. Aber Johnsons Starrsinn und Dickköpfigkeit — wer denkt da nicht sofort an einen Bergleisch? — kannte keine Grenzen, und es spielten sich häßliche Szenen im Kongreß ab. Als der 40. Kongreß am 3. Dezember 1867 seine Sitzungen begann, erreichte der Kampf Johnsons mit dem Kongreß seinen Höhepunkt, indem der Kongreß den Präsidenten in den Anklagezustand versetzte (to impeach the President). Am 16. Mai 1868 erfolgte im Senat, der nach der Konstitution den Prozeß zu führen hatte, während das Gaus bloß die Anklagen zu erheben hatte, die Abstimmung: 35 Stimmen (nur eine zu wenig) fielen gegen Johnson, 19 für ihn, so daß er eine straffe Freisprechung erhielt.

Die Krisis ist aufgehoben, aber nicht aufgehoben. Sie kann nur entfallen werden, wenn der Kongreß mannhaltig die Forderung erhebt, zu wissen, was hinter den Kulissen vorgeht. Es ist faule Ausrede, wenn behauptet wird, daß die internationalen Beziehungen darunter leiden würden. Das amerikanische Volk hat das unbedingte Recht, zu wissen, was vorgeht, ehe es seine Haut zu Markte tragen soll in einem Kriege, der zu Gunsten Englands geführt werden soll. Nur Klarheit kann die Krisis beseitigen.

Raubanschläge im Kongreß!

Die Shields-Bill, welche zur Zeit im Senat zur Verhandlung steht, ist ein neuer Anschlag auf das wertvolle Gemeingut, welches in der Lebenskraft der Ströme und Flüsse des Landes angeschlossen ist. Wie in allen Fällen, wo es sich um ein schätzenswertes Vorhaben handelt, hat man auch diesen Anschlag mit einem Mantelchen behängt. Um ihn ein gefälliges Aussehen zu geben, ist der Bill die Bestimmung beigelegt, daß die etwaige Kongression, sowie die etwaigen Anlagen nach 50 Jahren wieder an die Bundesregierung zurückfallen mögen — natürlich gegen angemessene Entschädigung. Aber dieser Umstand sollte die Zustimmung nicht aufkommen lassen, daß es sich hier nicht um eine nichtswürdige korrupte Verschleuderung öffentlichen Eigentums an bestgeeignete Korporationen handle, die nimmer im Leben gerufen worden wären, wenn sie sich nicht vorher der Dienste trummer Politiker hätten verschließen können. Wer in diesem Falle für solche Dienste sich ergeben hat, dürfte un schwer zu erraten sein. Erstens: Inwiefern ist die Shields-Bill im Senat auf heftige Opposition gestoßen, so daß die Hoffnung berechtigt sein mag, dieser schmutzige Schacher mit dem „Water Power Trust“ werde schließlich doch noch vereitelt werden.

Rumänien!

Zum zten Male kommt aus London die Nachricht, daß Rumänien im Begriff stünde, auf Seite der Alliierten in den europäischen Konflikt einzugreifen. Es wird ferner gemeldet, daß fortwährend Verstärkungen in Saloniki eintreffen, um mit dem Eintritt Rumäniens in den Krieg eine Offensive von Süden wie von Norden zu beginnen und so die Streitkräfte der Zentralmächte und ihrer Verbündeten gewissermaßen zwischen zwei Feuer zu bringen.

Auch hier ist wohl der Wunsch der Vater des Gedankens. Zunächst haben die Alliierten nicht genug Kruppen in Saloniki, um zur Offensive überzugehen, und zweitens wird Rumänien jetzt weniger als je bereit sein, zu Gunsten der Alliierten das Schicksal Serbiens und Montenegro zu teilen.

Die Leute in Bukarest sind keineswegs auf den Kopf gefallen. Wohin ein Bündnis mit der Entente führt, haben sie aus allernächster Nähe zu sehen Gelegenheit gehabt. Die stehengebliebenen Armeen der Zentralmächte würden mit Rumänien ebenso schnell aufstücken, wie mit Serbien und Montenegro, um so mehr, als nach den letzten Ereignissen auf dem östlichen Kriegsschauplatz eine Cooperation Russlands ausgeschlossen ist.

Wenn den Rumänen damals, als die Russen in den Karpaten standen, das Risiko zu groß erschien, in den Krieg auf Seiten Russlands einzutreten, um wie viel weniger wird das Land jetzt geneigt sein, sein Schwert für die geschlagenen Parteien in die Waage zu werfen.

Rumänien will offenbar Vorzuegen. Erst wenn kein Zweifel mehr an dem Siege der einen oder der anderen Mächtegruppe bestehen kann, will es sich auf die siegreiche Seite werfen, obgleich es dabei Gefahr läuft, den Anschluss zu verpassen.

Den Zentralmächten genügt Rumäniens Neutralität vollkommen und es ist sehr wohl möglich, daß es bei der Neuordnung der Verhältnisse auf dem Balkan Bestrafungen als Kompensation erhält. Darauf hat es begründete Aussicht, ohne das Schwert zu ziehen, während ein Eingreifen in den Krieg auf Seite der Alliierten für das Land ein Risiko bedeutet, an welchem es zu Grunde gehen kann. Das wissen die Herrschaften in Bukarest ganz genau und wie gesagt, sie sind durchaus nicht auf den Kopf gefallen.

ARMED MERCHANTMEN.

(Chicago Tribune, March 2nd.)

The present issue between the German government and our own respecting the conduct of submarine operations seems to be this: Shall German submarines concede to armed merchantmen of the enemy the first shot because citizens of the United States have elected to travel on such merchantmen?

The structure of the submarine is at this stage of its development must be such that the first properly directed shot is virtually certain to be the last, in that only one shot, even that of a one pounder, is fatal to the submarine.

Put in another form, the issue is whether a merchantman armed sufficiently to destroy a submarine with one shot is defensively or offensively armed.

Under a rule formulated before the creation of the submarine the presence of a relatively small gun is held consistent with the presumption of defensive armament.

That rule was founded on the facts. A small gun could not seriously injure a warship. It could not be made offensive at the will of the commander of the merchantman summoned to surrender.

The rule does not square with the facts of the submarine. The principle upon which the rule is founded does not apply to them. A one pounder can destroy a submarine. The presumption that such a gun will be used only in defense must rest entirely upon the will of the commander or his instructions.

The position now taken by our government therefore is that a German submarine approaching a British, French, or Italian merchantman which carries a gun capable of destroying such submarine shall challenge the merchantman to surrender and accept the hazard of destruction.

Furthermore, the presence of defensive armament on merchantmen was justified by facts now nonexistent—namely, the practice of privateering and the existence of pirates. As pirates have disappeared from European waters and privateering is no longer permissible under international law, no presumption of defense can attach to the presence of guns on merchantmen.

Enemy ships consist of only two kinds, combatant and noncombatant. If a ship is noncombatant it will not be equipped to combat. If a ship is equipped with armament sufficient to destroy an enemy warship, as in the case of a merchantman mounting a six inch, four inch, or one pounder gun, such merchantman having no use for such armament except against enemy craft, it cannot claim the character of an "unarmed" merchantman, but should be held what in fact it is, a combatant ship.

The object of any armament on a ship of the belligerents is one and one only, to use against enemy warships—to be explicit, the submarine. It is therefore an armed ship and the distinction is to defensive and offensive armament, founded on the practice of privateering and piracy, and having no application to use against enemy warships, is not involved.

This is the issue as between Great Britain and Germany.

What is the issue between the United States and Germany? It is whether the right of citizens to travel on unarmed merchant ships of belligerent nationality is a right to travel on merchant ships of Great Britain armed in fact against German submarines.

Or, put in another way, the issue is: Does the presence of Americans on a British ship compel a German submarine to allow the British ship to pass or by challenging it accept the hazard of destruction?

If this were conceded Great Britain by mounting guns on its merchantmen and Americans by traveling on them can insure such part of the British merchant marine from otherwise lawful operations by Germany against what are in fact armed and therefore combatant enemy craft.

The object of arming the allies' merchant craft is to protect them from capture or destruction by German or Austrian submarines. Such destruction is of great importance to the central powers in their conduct of the war and a legitimate measure of sea warfare. British shipping is conveying necessary supplies to the allies. The interruption of this service is of a great if not vital importance to the central powers. If it is to the interest of the United States to insure this supply, the government should do so as an ally and not under the pretense of defending neutrality.

The president asserted the right of neutrals to travel on "unarmed" merchantmen of the belligerents. He asserted the duty of war craft to challenge "unarmed and unresisting" merchant ships. Both these contentions have been accepted by the German government.

Yet we now assert that by virtue of a rule framed to meet facts not now involved merchant ships armed in fact are not armed, and must be accepted as unarmed by Germany because Americans are traveling on them. The principle that rules of international law must not be altered during the course of the war begs the whole question of whether the rule as to defensive armament applies to merchantmen armed in fact offensively against submarines.

If American honor is involved in this controversy, it calls upon us to look the facts in the face, to apply to them principles, not a mere formula, and to adopt fearlessly the course which justice dictates.

If it is American sympathies or interests that are involved, let us not talk about honor and let us consider sensibly and candidly what those interests are.

Noyes-Killy Motor Co.

Wenn man die aufstrebenden Automobilfirmen von Omaha nennt, so erwähnt man in erster Reihe stets die Noyes-Killy Motor Co., 2066-68 Farnam Str. gelegen. Herr B. L. Killy, der Geschäftsführer der



B. L. Killy.

Firma, war über 20 Jahre hindurch Leiter des höchsten Zweiggeschäfts der Metropolitan Lebens-Versicherungsgesellschaft, ehe er sich vor mehreren Jahren dem Automobil-Geschäft widmete.

Seine Vorliebe für dieselben hatte Herr Killy schon damals gezeigt, als die Automobil-Industrie noch in den Kinderschuhen steckte, dann er war

einer der ersten in Omaha, der sich im Jahre 1904 einen Kraftwagen zulegte, als dies noch gar keine Mode war. Er erwarb sich ein Buick Modell 1904. Damals kostete ein Buick für ein Ford-Automobil noch \$2,000 bezahlen. Seine Vorliebe für dieses modernste Reizmittel hat denn auch Herrn Killy, der aus Pennsylvania stammt, und dessen beide Eltern im schönen Baden-Baden geboren wurden, dazu veranlaßt, sich dem Automobil-Geschäft zuzuwenden. Er probierte und versuchte nacheinander sieben verschiedene Marken, und entschied sich zum Schluß, den Betrieb der Saxon-Automobile zu übernehmen, da er erkannte, daß die Saxon Sechser Autos für den geringen Preis von nur \$785 absolut die preiswürdigsten sind. Dieselben vereinigen sämtliche Vorteile der bedeutend besseren Maschinen. Man besichtige sie, ehe man sich ein Auto zulegt. Des Näheren verweisen wir auf die Anzeige an anderer Stelle.

Deutsche und österreichische Post.

Die nächsten neutralen Dampfer, die Posten für Deutschland und Österreich-Ungarn mitnehmen, sind: Ab New York: 4. März—Dampfer „Frederik 8.“ nach Kopenhagen. 11. März—Dampfer „Kristiania“ nach Christiania. 16. März—Dampfer „Sella“ nach Kopenhagen. 23. März—Dampfer „United States“ nach Kopenhagen. 30. März—Dampfer „Oscar 2.“ nach Kopenhagen. 1. April—Dampfer „Vergenspor“ nach Christiania.

Cadillac advertisement featuring the Cadillac logo and text: 'Standard of the World'. 'Mit dem nie aufhörenden Fluß ununterbrochener Kraft, der Ueber-Sauheit seiner Acht-Zylinder Maschine, d. n. federnden Sprungfedern, der dicken, weichen Polsterung, kann man mit Recht behaupten: „Das Cadillac trägt seine eigene gute Landstraße mit sich.“' 'CADILLAC COMPANY OF OMAHA 2060 Farnam Str. Geo. F. Reim, Prä. Douglas 4225'

Saxon 'SIX' advertisement featuring an image of the car and text: 'SAXON "SIX" Eine grosse Touren-Maschine für 5 Personen'. 'Dieser Saxon "Sechser" beweist, was ein Qualitäts-Auto kosten soll'. 'Noch vor Kurzem war — für viele Leute — der Preis der Beweis der Qualität eines Autos. Aber nicht länger. Das Kommen des Saxon „Sechser“ hat die früheren Ideen, was eine gute Maschine kosten sollte, geändert. Denn in diesem Saxon „Sechser“ findet man — zu \$785 — Eigenschaften auf Eigenschaften, die früher nur teure Maschinen hatten. Sie werden erstaunt sein, sie in Einzelheiten und Ausstattung vollkommen zu finden. Massige Auto-Vorzüge. Im Saxon „Sechser“ finden Sie Leichtigkeit, verbunden mit ungewöhnlicher Stärke und Widerstandsfähigkeit, erzielt durch Schmiede- anstatt Gusseisen-Teile, besseren Stahl — und sachmännische Arbeit. Sie finden ungewöhnliche Kraft bei einem Minimalverbrauch von Gasolin, unübertreffliche Schnelligkeit, Biegsamkeit, Beschleunigung, Ruhe und Kühle. Sie finden bemerkenswerte Schönheit, den neuesten Typ in Fachform, Räumlichkeit und Bequemlichkeit. Wir zweifeln, daß irgend eine Maschine, die unterem Preis um mehrere hundert Dollars nahe kommt, sich an Wert mit dem Saxon „Sechser“ vergleichen kann. Falls nicht, dann ist \$785 der rechte Preis für ein Qualitäts-Automobil. Lassen Sie sich von uns die neuen Serien Saxon „Sechser“ zeigen. Summe von \$46,571.68 zugesprochen als ein Teil ihres Erbes. Es ist dies der Ertrag einer fälligen Dividende. Erhalt bedeutende Zahlung. Frau Jeanette Duemmer, Tochter des verstorbenen John Linder, erhalt auf Order des Gerichts die Summe von \$46,571.68 zugesprochen als ein Teil ihres Erbes. Es ist dies der Ertrag einer fälligen Dividende. — Max untertätige die deutsche Presse, indem man zu ihrer Verbreitung beiträgt.